

que faire se peut la régularité de ces élections. Aucune remarque n'avait alors été formulée.

Je voudrais répondre à la remarque de M. Schmid: nos coopérants, engagés par la Confédération, ne sont en aucune façon engagés dans le conflit au Nicaragua, et je peux en donner l'affirmation la plus absolue.

Ils ont des ordres extrêmement stricts ainsi que l'obligation de ne pas porter d'arme.

J'aimerais ajouter un mot. Vous savez que la Suisse n'est pas le seul pays qui accorde une aide publique au développement au Nicaragua; il y en a beaucoup d'autres très proches de nous: l'Autriche, la Suède, l'Espagne, la Communauté économique européenne en tant que telle, la Norvège, les Pays-Bas, les organisations multilatérales. Aucun de ces pays, aucune de ces organisations multilatérales n'a interrompu son aide publique au développement, cela en dépit de la détérioration de la situation que nous déplorons mais que nous suivons avec toute l'attention voulue. Si celle-ci devait continuer à se dégrader, il est évident que nous serions peut-être appelés à prendre d'autres mesures. Pour l'instant je tiens à vous dire que nous ne faisons pas cavalier seul dans cette affaire et que tous les autres pays qui sont engagés au même titre que la Suisse, pour une oeuvre humanitaire – je le répète – et non pas politique, ont maintenu leur aide publique au développement.

Cavelty: Ich hatte noch die Frage nach der Rolle der USA gestellt:

M. Aubert, conseiller fédéral: Je peux vous dire très rapidement, Monsieur Cavelty, que la Cour internationale de justice de La Haye a été saisie de cette affaire et a rendu un arrêt le 27 juin. Dans cet arrêt – que je vous communiquerai volontiers – l'aide militaire des Etats-Unis aux Contras a été jugée comme une violation du droit international et une atteinte à la souveraineté du Nicaragua. La Cour internationale de justice de La Haye – il faut le dire – a toutefois considéré que l'on ne pouvait pas imputer aux Etats-Unis la responsabilité des actes commis par les Contras. Les Contras sont donc, du point de vue du droit international et compte tenu de notre connaissance des choses, les seuls responsables des actes commis. Amnesty International ainsi qu'America's Watch ont tous deux, dans des rapports très détaillés, reconnu que les pires cruautés avaient été commises par les Contras au Nicaragua, sans exclure les violations des Droits de l'homme commises également par le gouvernement sandiniste. Je m'en suis expliqué avec le vice-président Ramirez et, comme je viens de vous le dire, j'ai conditionné la continuation de notre aide aux principes du respect des Droits de l'homme, à une meilleure sécurité et, surtout, à la possibilité de maintenir les objectifs fixés pour nos divers projets d'aide publique au développement.

Präsident: Können wir diese Interpellation als erledigt betrachten? – Es scheint der Fall zu sein.

Begrüssung – Bienvenue

Präsident: Meine Damen und Herren, auf der Tribüne hat sich eine Delegation des österreichischen Nationalrates und Bundesrates eingefunden unter der Leitung von Herrn Nationalrat Hesoun. Ich möchte diese Herren in unserem Hause recht herzlich begrüßen; sie sind während einer Woche in unserem Land und besuchen Institutionen und wirtschaftliche Einrichtungen sowie auch kulturelle Einrichtungen dieses Landes. Ich hoffe, dass sie weiterhin einen interessanten Aufenthalt erleben werden. *(Beifall)*

86.012

Seeschifffahrt. Uebereinkommen und Gesetzesrevision Navigation maritime. Convention et modification de la loi

Botschaft, Beschluss- und Gesetzentwurf vom 10. März 1986 (BBI II, 717)

Message, projets d'arrêté et de loi du 10 mars 1986 (FF II, 741)

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Affolter, Berichterstatter: Seeschifffahrt ist nicht gerade die Materie, die einem schweizerischen Parlamentarier am nächsten liegt, insbesondere wenn es in der Hauptsache um internationale Uebereinkommen geht, die zum Teil in schwer verständliche Form gekleidet sind. Immerhin verfügen wir gegenwärtig mit 32 Hochseeschiffen über die grösste Handelsflotte eines Binnenstaats. Auch wir sind deshalb interessiert an einem Funktionieren der internationalen Seerechtsordnung. «Alles fliesst», haben schon die Griechen gesagt. Nicht nur das Meer, sondern auch die Seerechtsgesetzgebung sind ständig im Fluss: es gibt laufend eine Fülle von neuen internationalen Uebereinkommen bzw. Aenderungen in dieser Materie. Der Bundesrat hat richtig dargetan, dass er diese Neuheiten in einer Sammelbotschaft zusammenfassen will. So haben wir eine Zeitlang Ruhe. Landesrecht ist hingegen dann das schweizerische Seeschifffahrtsgesetz, das in einzelnen Punkten den internationalen Uebereinkommen und Protokollen angepasst werden muss.

Was sich hier so harmlos ankündigt, hat doch einige Brisanz erhalten, und zwar nicht etwa wegen des materiellen Inhalts der Uebereinkommen, die hier zur Ratifikation stehen. Der Sprengstoff liegt anderswo, nämlich bei einer zwischen Bundesrat und Parlament schon seit längerer Zeit schwelenden verfassungsrechtlichen Meinungsverschiedenheit. Konkret geht es um die Unterstellung von Staatsverträgen unter das fakultative Staatsvertragsreferendum gemäss Artikel 89 Absatz 3 Buchstabe c unserer Bundesverfassung, d. h. wenn sie eine multilaterale Rechtsvereinheitlichung bewirken. Diese Frage beschäftigt übrigens zurzeit auch unseren Schwesterrat. Im Nationalrat steht die Ratifikation der Europäischen Menschenrechtskonvention, Protokolle 6 bis 8, zur Diskussion. Dort werden ähnliche Fragen zu entscheiden sein.

Es liegt mir fern, Sie hier mit einer staatsrechtlichen Abhandlung über diese Fragen zu behelligen, insbesondere nachdem unsere Kommission zu einer einhelligen Auffassung gelangt ist. Grob gesagt geht es darum, dass der Bundesrat bis jetzt diese erst 1977 eingeführte Verfassungsbestimmung sehr restriktiv ausgelegt hat und internationale Uebereinkommen, die rechtsvereinheitlichende Normen beinhalten, nur dem Staatsvertragsreferendum unterstellen wollte, wenn das zu vereinheitlichende Recht ein bestimmtes Rechtsgebiet umfassend regelt und einen formellen und materiellen Mindestumfang aufweist, der auch nach unseren landesrechtlichen Massstäben den Erlass eines separaten Gesetzes rechtfertigen würde.

Im Gegensatz zu dieser restriktiven Auslegung durch den Bundesrat ist unsere Kommission zum Schluss gelangt, dass bereits die Vereinheitlichung einer kleineren Anzahl von Rechtsnormen, die eine bestimmte Bedeutung aufweisen, die Unterstellung der entsprechenden Staatsverträge, Uebereinkommen und Protokolle unter das Staatsvertragsreferendum nach sich ziehen muss.

Wir haben in der Folge die vorliegenden Abkommen nach

diesen Kriterien untersucht und klassiert, was dann zur Aufteilung des vom Bundesrat vorgeschlagenen Bundesbeschlusses in zwei separate Bundesbeschlüsse A und B geführt hat, die Sie auf der Fahne vorfinden. Diese Erklärung macht verständlich, wieso man hier die bundesrätlichen Vorschläge geändert und zwei Bundesbeschlüsse entworfen hat.

Von den insgesamt sieben internationalen Uebereinkommen bzw. Aenderungen von Uebereinkommen finden Sie im Bundesbeschluss B drei Uebereinkommen, die dem fakultativen Staatsvertragsreferendum unterstellt werden sollen, während der Rest im Bundesbeschluss A zusammengefasst ist und dem Referendum nicht unterstehen soll.

Ich betone nochmals, dass diese Anträge eine Aenderung der sogenannten ständigen Praxis des Bundesrates in der Unterstellung unter das Staatsvertragsreferendum bedeuten, und zwar im Sinne einer extensiveren Auslegung von Artikel 89 Absatz 3 Buchstabe c. Die Kommission vertritt die Auffassung: Wenn das Parlament nicht hier und jetzt, bei einem relativ harmlosen Objekt, ein Zeichen setzt und dieser Praxis des Bundesrates Einhalt gebietet, verliert diese neuere Verfassungsbestimmung, die Volksrechte sicherstellen will, mit der Zeit ständig an Substanz. Es müsste sich schon um einen ganz pfundigen Brocken von multilateral vereinheitlichten Rechtsregeln handeln, bis uns der Bundesrat die Unterstellung unter das fakultative Staatsreferendum empfehlen würde, wird befürchtet.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der einstimmigen Kommission, dieses Exempel hier zu statuieren und Ihrer Kommission zu folgen. Wir hoffen, der Nationalrat wird dasselbe tun. Dann haben wir – glaube ich – die Prärogativen des Volkes und des Parlamentes gewahrt.

Ich beantrage Ihnen in diesem Sinne Eintreten auf die Vorlage. Zu den einzelnen Uebereinkommen, Protokollen usw. habe ich nichts mehr beizufügen. Ich nehme nicht an, dass alle Damen und Herren sie gelesen haben. Aber diejenigen, die sie gelesen haben, können Ihnen empfehlen, nach unseren Vorschlägen vorzugehen.

Frau Meier Josi: Ich beantrage Ihnen, den Kommissionsanträgen zu folgen, einzutreten und den Beschlussskizzen zuzustimmen. Ich äussere mich nur zur Frage des Staatsvertragsreferendums.

Wir haben – im Gegensatz zum bundesrätlichen Antrag – den Beschluss B dem Staatsvertragsreferendum unterstellt. Die darin aufgelisteten Abkommen und übrigen Instrumente enthalten in der Tat wichtige, direkt anwendbare vereinheitlichte Rechtsbestimmungen, so zum Beispiel über die Kausalhaftung der Schiffseigentümer bei Oelverschmutzungsschäden. Dass es sich um Regeln handelt, die im Sinne von Artikel 89 Alinea 3 litera c der Bundesverfassung etwas mit Rechtsvereinheitlichung zu tun haben, zeigt schon die Lektüre des Ingresses im internationalen Uebereinkommen von 1969 über die zivilrechtliche Haftung von Oelverschmutzungsschäden. Sie finden den Text in der deutschen Fassung auf Seite 92 der Botschaft. Dort lesen Sie in Alinea 3: «Von dem Wunsch geleitet, einheitliche internationale Regeln und Verfahren zur Entscheidung von Haftungsfragen unter Gewährleistung eines angemessenen Schadenersatzes in derartigen Fällen anzunehmen, sind wir (die Staaten) wie folgt übereingekommen ».

Wenn der Bundesrat trotzdem in seiner Botschaft zum Schluss kam, die Referendums Klausel sei nicht angebracht, dann aus folgenden Gründen: Er berief sich auf eine seit 1977 etablierte Praxis, wonach es jeweils nicht genüge, dass direkt anwendbares Einheitsrecht durch einen Vertrag erzeugt werde; vielmehr müsse das neu erzeugte Einheitsrecht ein bestimmtes, genau umschriebenes Rechtsgebiet umfassend regeln; anders gesagt, es müsse jenen materiellen und formellen Mindestumfang aufweisen, der auch nach landesrechtlichen Massstäben die Schaffung eines separaten Gesetzes als sinnvoll erscheinen lasse. Ferner seien, wenn einmal eine Rechtsvereinheitlichung durch Abkommen zustande gekommen sei, spätere Abänderungen nicht mehr neu referendums pflichtig.

Die Kommission hat sich dieser Betrachtungsweise beim Beschluss B nicht angeschlossen. Dafür kann folgendes ins Feld geführt werden.

Es ist etwas gewagt, von einer etablierten Praxis seit 1977 zu sprechen. Der Bundesrat hat zwar immer die gleiche Meinung vertreten; das Parlament hat aber von Fall zu Fall neu die Frage gestellt, ob nun eigentlich eine Rechtsvereinheitlichung im Sinne des betreffenden Verfassungsartikels vorliege. In den Ratsdebatten kam wiederholt zum Ausdruck, diese Frage sei noch völlig offen. Mehr als einmal gab ein Rat erst im Differenzbereinigungsverfahren nach, «weil es sich nicht mehr lohnt, diesmal am Referendum festzuhalten». Man hielt sich aber ausdrücklich andere Optionen für die Zukunft offen. Angesichts dieses Debatten tenors kann nicht von einer gefestigten Parlamentspraxis gesprochen werden. Gerade um diesem Argument den Riegel zu schieben, hat die Kommission für heute den Beschluss B dem Referendum unterstellt, wie der Kommissionspräsident sehr zu Recht betonte. Die Kommission will nicht, dass das Referendum in solchen Fällen einfach einen stillen Tod stirbt.

Auch das Kriterium des materiellen Mindestumfanges einer Revision wurde vom Parlament als noch nicht über jeden Zweifel erhoben akzeptiert. Vielmehr wehrte man sich wiederholt recht deutlich gegen das Erfordernis einer sogenannten «wesentlichen Vereinheitlichung», weil gerade darüber in den Materialien ziemlich lange gestritten worden war. Auch die Meinung, wenn einmal eine Vereinheitlichung stattgefunden habe, könnten spätere Aenderungen nicht mehr als Vereinheitlichung betrachtet werden, fand bisher keinen ungeteilten Anhang. Die Frage, wann von einer Rechtsvereinheitlichung im Sinne der einschlägigen Verfassungsbestimmung gesprochen werden kann, ist daher noch nicht definitiv beantwortet. Sie ist auch mit unserem heutigen Entscheid noch nicht definitiv erledigt.

Der Regierung ist zuzugeben, dass nicht jede in einem internationalen Instrument geschaffene einheitliche, direkt anwendbare Bestimmung das ganze Instrument referendumpflichtig macht. Es kann besonders nicht die Meinung herrschen, dass Bestimmungen, die in unserem internen Recht ausschliesslich auf Verordnungsstufe stehen, bei internationalen Verträgen plötzlich vollumfänglich dem Referendum zu unterstellen wären. Es kann auch kaum gemeint sein, dass jede unbedeutende Abänderung einer internationalen direkt anwendbaren Norm zur Referendums pflicht führt. Um solche Verträge handelt es sich aber vorliegend nicht. Sie haben ganz massive Aenderungen zur Folge, die qualitativ und quantitativ die Auffassung zulassen, es handle sich um einen neuen «Schub» von Rechtsvereinheitlichung, weshalb das Referendum am Platz sei.

Wir werden im Lichte der neuerdings einsetzenden wissenschaftlichen Diskussion unsere Kriterien zunehmend genauer formulieren müssen. Am kommenden Samstag findet im Rahmen der Tagung des Schweizerischen Juristenvereins in Zug eine solche Debatte statt. Deren Ergebnisse könnten in unsere zukünftigen Entscheide ebenfalls einfließen.

Zwei in den entsprechenden Publikationen enthaltene Grenzen möchte ich eigentlich heute schon anerkennen:

1. Zwischen dem Gesetzesreferendum und dem Staatsvertragsreferendum besteht keine totale Parallelität.
2. Verträge, die nur eine Rechtsharmonisierung anstreben und dabei einen blossen Mindeststandard vorsehen, sind noch nicht referendums würdig, schon deshalb, weil ihnen die Erfordernis der direkten Anwendbarkeit fehlt. Hingegen will das Parlament kaum, dass nur erstmalige grosse Rechtsvereinheitlichungen dem Referendum unterliegen. Abkommen, die bestimmte Teile des Wechselrechtes oder bestehende Uebereinkommen des Urheberrechtes ändern, würden wir vermutlich dem Staatsvertragsreferendum unterstellen, auch wenn sie vor seiner Einführung erstmals zu einer Rechtsvereinheitlichung führten.

Der verlangte Mindestumfang einer Revision ist wohl mehr eine Frage der Qualität als der Quantität. Die Schwierigkeit liegt darin, dass wir es bei Artikel 89 Absatz 3 litera c zwar

mit einer obligatorischen Unterstellung unter das Referendum zu tun haben, das Kriterium «Rechtsvereinheitlichung» aber interpretationsbedürftig bleibt. Prüfen müssen wir auch einmal, wie weit solche Texte im Bundesblatt zu veröffentlichen wären.

M. Aubert, conseiller fédéral: En effet, la flotte suisse ne compte que 32 navires. Elle n'en est pas moins la plus importante de celles des pays qui n'ont pas de littoral maritime, et la Suisse figure au 64ème rang de toutes les puissances maritimes du monde.

De plus en plus, la navigation se complique, augmente, exige que le trafic soit réglé par des conventions internationales, d'où l'importance, pour nous, de les ratifier également. Je vous remercie de l'accueil que vous leur réservez quant au fond, je constate qu'elles n'appellent aucune contestation. Néanmoins, j'accepterai très volontiers les amendements qui ont été traités en séance de commission. Je voudrais maintenant aborder la forme de présentation de l'arrêté. Nous vous avons adressé un message qui conclut par un seul arrêté pour les six conventions plus certains protocoles additionnels. En effet, nous estimions qu'il existait une telle interdépendance entre ces conventions qu'elles pouvaient faire l'objet d'un seul arrêté.

Vous avez décidé de présenter deux arrêtés, l'un qui serait sujet au référendum facultatif, et l'autre qui ne le serait pas. Or, ce sur ce point, pour déterminer si un traité international doit être soumis au référendum facultatif ou non, le Conseil fédéral s'est toujours conformé au texte de la constitution et à la volonté des constituants, selon lesquels la grande portée du traité était en définitive le critère déterminant. Les conventions que nous soumettons aujourd'hui à votre approbation ne remplissent pas cette condition. C'est la raison pour laquelle nous vous proposons de ne pas les soumettre au référendum facultatif.

Lorsqu'il s'agit de déterminer si un traité doit obligatoirement être soumis au référendum facultatif, en vertu de l'article 89, alinéa 3, de la constitution fédérale, ni le Conseil fédéral ni les Chambres fédérales ne disposent d'une liberté d'appréciation, car le constituant a lui-même fixé les critères qui définissent la grande portée de certains traités. Ces critères sont la durée des traités, l'adhésion à une organisation internationale et l'unification multilatérale du droit. Le caractère normatif d'un traité, soit le fait qu'il contient des règles de droit, ne figure pas en tant que tel parmi ces critères et, partant, dans la constitution.

En ce qui concerne les traités qui entraînent une unification multilatérale du droit, au sens de cet article 89, alinéa 3, de la constitution, lettre c, le Conseil fédéral se tient à une pratique bien établie qui a été admise par les Chambres fédérales car conforme à la volonté du constituant. Selon cette pratique, seuls doivent être soumis au référendum facultatif les traités qui contiennent du droit uniforme réglant en détail un domaine juridique bien défini, tels que le droit de change, le droit applicable aux contrats de vente, le droit d'auteur, etc. Ce domaine doit encore être suffisamment important pour justifier, sur le plan national, par analogie, l'élaboration d'une loi particulière. Or, aucune des conventions qui sont soumises aujourd'hui à votre approbation ne remplit cette condition.

J'en voudrais pour preuve, très rapidement, la première convention, soit la convention internationale de 1969 sur la responsabilité civile pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures, qui ne contient que quelques dispositions isolées sur la réglementation de la responsabilité en droit maritime.

Deuxièmement, le principe de la limitation de la responsabilité a été repris de la convention de 1957. Cela n'est pas une nouveauté, il n'y a pas création, mais complément d'une harmonisation d'une partie du droit maritime.

Troisièmement, cette convention s'applique exclusivement aux pétroliers, et uniquement lors d'événements qui conduisent à des dommages causés par la pollution due aux hydrocarbures.

Enfin, on ne peut pas dire que cette convention remplace ou

complète le droit national dans un domaine bien défini, tel que ceux que j'ai cités précédemment.

La convention du 19 novembre 1976, sur la limitation de la responsabilité en matière de créances maritimes, reprend les principes de la convention de 1957. Il n'y a pas d'unification nouvelle du droit. Une simple augmentation de la limite de la responsabilité ne constitue en elle-même pas une unification multilatérale du droit.

Quant à la troisième convention, c'est-à-dire celle d'Athènes 1974, relative au transport par mer de passagers et de leurs bagages, elle appelle les mêmes remarques que la convention précédente: une extension du champ d'application n'amène pas à une unification multilatérale du droit.

La Commission des affaires étrangères a considéré que ces trois conventions et leurs protocoles additionnels entraînaient une unification multilatérale du droit. Nous ne partageons pas cet avis, mais si votre Conseil devait suivre l'opinion de la commission, votre décision ne signifierait pas que le Conseil fédéral doive modifier l'interprétation de principe donnée à la notion constitutionnelle d'unification multilatérale du droit au sens de l'article 89, alinéa 3, lettre c, de la constitution. De plus, il ne saurait être envisagé, car cela serait manifestement contraire à la volonté du constituant, que tout traité multilatéral, ou toute modification de celui-ci, doive obligatoirement être soumis au référendum facultatif dès qu'il contient des normes isolées qui sont directement applicables.

Une telle interprétation de la constitution reviendrait à admettre un parallélisme entre le processus législatif de droit interne et la création de normes conventionnelles. Lors de la modification d'une loi, on applique le processus parlementaire, y compris le référendum législatif. Or, pour les conventions internationales, on doit éviter que chaque modification ne soit soumise au référendum. C'est un parallélisme que les Chambres fédérales ont clairement rejeté. L'équilibre voulu par le constituant entre la liberté d'action du gouvernement, d'une part sur le plan international, et la participation démocratique dans ce domaine, serait alors bouleversé.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Detailberatung – Discussion par articles

A

Bundesbeschluss

über internationale Seeschiffahrtsübereinkommen

Arrêté fédéral concernant des conventions internationales relatives à la navigation maritime

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1 – 4

Antrag der Kommission

Art. 1 Bst. b und c, Art. 3 Bst. b, d und e
Streichen

Für den Rest:

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 1 – 4

Proposition de la commission

Art. 1 let. b et c, art. 3 let. b, d et e
Biffer

Pour le reste:

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes 28 Stimmen
(Einstimmigkeit)

Antrag der Kommission

B
Bundesbeschluss
über internationale Seeschifffahrtsübereinkommen

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf Artikel 8 der Bundesverfassung,
nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom
10. März 1986,
beschliesst:

Art. 1*Abs. 1*

Die folgenden Uebereinkommen werden genehmigt:
a. Internationales Uebereinkommen vom 29. November 1969
über die zivilrechtliche Haftung für Oelverschmutzungs-
schäden;

b. Athener Uebereinkommen vom 13. Dezember 1974 über
die Beförderung von Reisenden und ihrem Gepäck auf See.

Abs. 2

Der Bundesrat wird ermächtigt, diese Uebereinkommen zu
ratifizieren.

Art. 2

Der Bundesrat wird ermächtigt, den Beitritt der Schweiz zu
folgenden internationalen Uebereinkommen zu erklären:

a. Uebereinkommen vom 19. November 1976 über die
Beschränkung der Haftung für Seeforderungen;

b. Protokolle vom 19. November 1976 und 25. Mai 1984 zum
internationalen Uebereinkommen über die zivilrechtliche
Haftung für Oelverschmutzungsschäden vom 29. November
1969;

c. Protokoll vom 19. November 1976 zum Uebereinkommen
vom 13. Dezember 1974 über die Beförderung von Reisen-
den und ihrem Gepäck auf See.

Art. 3

Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Staatsver-
tragsreferendum für multilaterale Rechtsvereinheitlichun-
gen (Art. 89 Abs. 3 Bst. c BV).

Proposition de la commission

B
Arrêté fédéral
concernant les conventions internationales
relatives à la navigation maritime

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,
vu l'article 8 de la constitution;
vu le message du Conseil fédéral du 10 mars 1986,
arrête

Art. 1*Al. 1*

Les conventions suivantes sont approuvées:
a. Convention internationale du 29 novembre 1969 sur la
responsabilité civile pour les dommages dus à la pollution
par les hydrocarbures;

b. Convention d'Athènes du 13 décembre 1974 relative au
transport par mer de passagers et de leurs bagages.

Al. 2

Le Conseil fédéral est autorisé à ratifier ces conventions.

Art. 2

Le Conseil fédéral est autorisé à notifier l'adhésion de la
Suisse aux conventions internationales suivantes:

a. Convention du 19 novembre 1976 sur la limitation de la
responsabilité en matière de créances maritimes;

b. Protocoles du 19 novembre 1976 et du 26 mai 1984 à la
Convention internationale du 29 novembre 1969 sur la
responsabilité civile pour les dommages dus à la pollution
par les hydrocarbures;

c. Protocole du 19 novembre 1976 à la Convention d'Athè-
nes du 13 décembre 1974 relative au transport par mer de
passagers et de leurs bagages.

Art. 3

Le présent arrêté est sujet au référendum facultatif en
matière de traités internationaux entraînant une unification
multilatérale du droit (art. 89, 3e al., let. c, cst).

*Detailberatung – Discussion par articles***Titel und Ingress, Art. 1 bis 3***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf der Kommission

Titre et préambule, art. 1 à 3*Proposition de la commission*

Adhérer au projet de la commission

*Angenommen – Adopté**Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Beschlussentwurfes 28 Stimmen
(Einstimmigkeit)

Seeschifffahrtsgesetz**Loi sur la navigation maritime**

Affolter, Berichterstatter: Die vorgeschlagenen Aenderun-
gen im Seeschifffahrtsgesetz bezwecken vor allem die
Anpassung dieses Gesetzes an die soeben verabschiedeten
internationalen Uebereinkommen. Dann gibt es einige
zusätzliche Aenderungen, meist redaktioneller Natur. Wir
haben mit solchen Revisionen durchschnittlich alle zehn
Jahre zu tun. Sie werden sehen, dass die Abänderungsan-
träge der Kommission bescheidener Art sind. Ich bitte Sie,
die Detailberatung vorzunehmen. Wir haben nur zwei redak-
tionelle Aenderungen zu begründen und zu empfehlen.

Titel und Ingress, Ziff. 1 Ingress, Art. 5 Abs. 3, 6 Abs. 1 Bst. b, 8 Abs. 2 und 3, 17 Abs. 1, 30 Randtitel, 30a, 35*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, ch. I préambule, art. 5 al. 3, 6 al. 1 let. b, 8 al. 2 et 3, 17 al. 1, 30 titre marginal, 30a, 35*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 36***Antrag der Kommission**Abs. 1*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

Verweigert der Bundesrat die Bewilligung, so hat der Bund
auf Antrag des Schiffseigentümers innert 30 Tagen seit Ein-
gang des Antrags, jedoch frühestens seit der Verweigerung,
das Seeschiff zum Marktpreis zu erwerben, sofern nicht der
Bundesrat innert derselben Frist den Verkauf auf dem Wege
der öffentlichen Versteigerung nach Massgabe von Arti-
kel 27 Absatz 3 verfügt. Der Schiffseigentümer kann seinen
Antrag gleichzeitig mit dem Gesuch auf Bewilligung der
Streichung oder anschliessend bis spätestens 30 Tage seit
der Verweigerung der Streichung stellen.

Art. 36*Proposition de la commission**Al. 1*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

Si l'autorisation est refusée, la Confédération reprend le navire sur demande du propriétaire dans les 30 jours à partir de la réception de la demande, mais au plus tôt depuis le refus de la radiation aux prix de sa valeur marchande, à moins que le Conseil fédéral n'ait ordonné dans le même délai la vente par voie d'enchères publiques selon les modalités de l'article 27, 3e alinéa. La demande du propriétaire peut être faite avec la requête de radiation ou par la suite dans les 30 jours au plus tard depuis le refus.

Affolter, Berichterstatter: Hier handelt es sich um eine Klarstellung in der Fristsetzung und eine Verbesserung der Formulierung. Der Antrag entspringt einer Anregung der Seeschiffahrtskommission und wird von der Verwaltung unterstützt. Die Kommission empfiehlt Ihnen, dieser Aenderung zuzustimmen.

Angenommen – Adopté

Art. 48 Abs. 3, 49 Abs. 1, 63, 66, 93, 101 Abs. 2, 103 Abs. 3*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 48 al. 3, 49 al. 1, 63, 66, 93, 101 al. 2, 103 al. 3*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 105*Antrag der Kommission**Abs. 1, 3, 4*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

Der Seefrachtführer haftet, vorbehaltlich Artikel 105a, in keinem Fall und aus welchem Rechtsgrund er auch immer in Anspruch genommen wird, für höhere als die vom Bundesrat festgesetzten Haftungsbeträge. Die Haftungslimiten berechnen sich entweder nach einem für jedes Stück oder andere Beförderungseinheit oder für jedes Kilogramm des Rohgewichts der verlorenen oder beschädigten Güter festgelegten Ansatz, je nachdem, welcher Betrag höher ist.

Abs. 2bis

Der Seefrachtführer kann sich nicht auf diese Haftungslimiten berufen, wenn der Ablader die Natur und den höheren Wert der Güter vor ihrer Einladung ausdrücklich angegeben hat und diese, durch den Seefrachtführer widerlegbaren, Angaben im Konnossement vermerkt sind, oder wenn höhere Haftungsbeträge vereinbart worden sind.

Art. 105*Proposition de la commission**Al. 1, 3, 4*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

La responsabilité du transport maritime ne peut, sous réserve de l'article 105a, en aucun cas et du chef de n'importe quelle base légale dont il est poursuivi, dépasser les montants de la responsabilité fixés par le Conseil fédéral. Ces montants sont calculés selon un taux fixé soit par colis ou autre unité de chargement, soit par kilogramme de poids brut de la marchandise perdue ou endommagée, la limite la plus élevée étant applicable.

Al. 2 bis

Le transporteur maritime ne peut se prévaloir de ces limites, si le chargeur a déclaré expressément avant l'embarquement la nature et la valeur supérieure de la marchandise, et si cette déclaration, sujette à la preuve contraire par le transporteur, a été inscrite dans le connaissement, ou si des limitations supérieures de la responsabilité ont été convenues.

Affolter, Berichterstatter: Auch diese Aenderung ist redaktioneller Natur. Unsere Kommission hat den vorher in unseren Augen unlesbaren Text von Absatz 2 der bundesrätlichen Vorlage aufgeteilt und neu gegliedert. Es sind darin keine materiellen Aenderungen versteckt. Der Text scheint uns nach der Kommissionsfassung lesbarer geworden zu sein.

Ich beantrage Ihnen Zustimmung zur Kommission.

Angenommen – Adopté

Art. 105a, 115 Abs. 1, 118 Abs. 1, 126 Abs. 2, 129a, 156 Abs. 2 Bst. a dritter Strich, und Bst. b, 157 Abs. 2 und 3, 158 Abs. 4, 161 Abs. 1 und 2*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 105a, 115 al. 1, 118 al. 1, 126 al. 2, 129a, 156 al. 2 let. a, troisième tiret, et let. b, 157 al. 2 et 3, 158 al. 4, 161 al. 1 et 2*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. II – Ch. II Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes 28 Stimmen
(Einstimmigkeit)

Frau Meier Josi: Wir haben über die beiden Einzelabkommen A und B abgestimmt. Wir haben es aber unterlassen, vorgängig über den Antrag des Bundesrates abzustimmen, der einen einzigen Beschluss will und sich dem Referendum widersetzt. Wir müssen diese grundsätzliche Abstimmung der Klarheit halber auch noch durchführen.

Der Bundesrat hat also beantragt, keine Aufteilung des Bundesbeschlusses vorzunehmen; die Kommission hingegen beantragt diese Aufteilung, um den einen Beschluss mit der Referendums Klausel versehen zu können.

Präsident: Sie haben allerdings im Bundesbeschluss A unter Artikel 1 Buchstabe b und c gestrichen und damit eigentlich die Voraussetzungen für den Beschluss B geschaffen.

Affolter, Berichterstatter: Da es sich um eine Differenz zwischen Bundesrat und Parlament handelt, würde ich ebenfalls empfehlen, diese Abstimmungen noch durchzuführen. Wir werden dann einen klaren Entscheid darüber haben, ob der Ständerat den einstimmigen Anträgen der Kommission folgen und die erwähnten zusätzlichen Uebereinkommen und Protokolle dem fakultativen Referendum unterstellen oder ob er die bundesrätliche Version gutheissen will.

Präsident: Wir führen diese formelle Abstimmung noch durch.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission 29 Stimmen
Für den Antrag des Bundesrates 2 Stimmen

An den Nationalrat – Au Conseil national

Seeschifffahrt. Uebereinkommen und Gesetzesrevision

Navigation maritime. Convention et modification de la loi

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1986
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	03
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	86.012
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	24.09.1986 - 08:00
Date	
Data	
Seite	488-492
Page	
Pagina	
Ref. No	20 014 779

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.